

»Ist ja nur für den Übergang gedacht«

Immer mehr Kinder leben immer länger in Notunterkünften. Unter beengten Verhältnissen, ohne Rückzugsraum, etwa zum Lernen. Ein Gespräch mit Martin Kositzka

Von Susanne Knütter

Der Anteil von Kindern in Notunterkünften wächst, doch dieser Aspekt spielt kaum eine Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung. Woran liegt das?

Der Großteil der Anstiege ist auf Geflüchtete zurückzuführen. Wenn ihnen ein Bleiberecht zugesprochen wurde, können sie die Notunterkünfte verlassen. Weil sie aber keinen Wohnraum finden, verbleiben sie in den Unterkünften und werden in den Wohnungslosenstatistiken mitgezählt.

Einen großen Anteil machen Ukrainer aus. Laut der Bundesstatistik sind 41 Prozent der untergebrachten wohnungslosen Personen jünger als 25, und 29 Prozent kommen aus der Ukraine.

Nichtsdestotrotz merken wir auch einen Anstieg in den Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe nach SGB XII. Es landen offensichtlich mehr Familien auch in den Hilfen unserer Mitglieder.

Warum verlieren Familien hierzulande ihre Wohnung?

Es mangelt an bezahlbarem Wohnraum. Die Zahl der Sozialwohnungen hat rapide abgenommen und schwindet weiter. Miet- und Energieschulden sind die häufigste Ursache, Konflikte im Wohnumfeld, Trennungen und Scheidung sind weitere Gründe. Hinzu kommen Probleme bei der Beantragung von Sozialleistungen oder dass Anträge nicht schnell genug bearbeitet werden. So entstehen finanzielle Schieflagen, und die Leute verlieren ihre Wohnung.

Wie werden wohnungslose oder obdachlose Familien untergebracht?

Es sind in der Regel beengte Verhältnisse. Dass man zusammen in einem Zimmer lebt, sich Bad und Küche mit anderen teilen muss, sind keine idealen Bedingungen für Familien. Unserer Auffassung nach sind Sammelunterkünfte grundsätzlich für die Unterbringung von Familien mit Kindern ungeeignet.

Gibt es Erhebungen, wie sich Kinder in Notunterkünften entwickeln?

Erhebungen darüber haben wir nicht. Aber schaut man sich die gesellschaftlichen Erwartungen an Kinder und Jugendliche an, heißt das

zunächst, dass sie zur Schule gehen, einen möglichst guten Schulabschluss anstreben. Danach lauten die Ideen: Ausbildung, Studium, berufliche Integration. Wenn man sich dann überlegt, was brauchen Kinder dafür, kommt man ja sehr schnell darauf: Eine Familie, die in einem Raum untergebracht ist, hat keine guten Voraussetzungen. Zu Coronazeiten gab es Berichte darüber, wie beengte Wohnverhältnisse die Bildungsungleichheit verschärfen. Wenn ein Kind keinen Rückzugsraum zum Lernen hat, ist das nachteilig für dessen schulische und berufliche Entwicklung.

Hinzu kommt: Wohnungslosigkeit bzw. keine Wohnung zu finden, ist grundsätzlich eine belastende Situation – je nachdem, wie stark den Kindern das bewusst ist. Das kann auch zu gesundheitlichen Problemen, zu Krankheiten führen.

Tatsächlich aber haben wir eher Daten zur Lebenslage von jungen Menschen, weil da Faktoren wie Ausbildung, Beruf und Schulabschluss abgefragt werden oder wo sie sich die Nacht vor Aufnahme in die Notunterkunft aufgehalten haben.

Wo waren die jungen Leute in der Regel, bevor sie in eine Einrichtung gekommen sind?

Es gehört sicherlich zur Lebenssituation junger Menschen, auch mal bei Bekannten und Freunden unterzukommen. Bei unseren Erhebungen kam allerdings heraus, dass einige unter 18jährige in der Nacht vor Hilfebeginn auf der Straße lebten. Dass gesellschaftlich toleriert wird, dass Minderjährige – allein oder nicht – keine Unterkunft haben, ist ein Unding. Im übrigen haben Minderjährige allein auch nichts in einer Notunterkunft zu suchen. Wenn das passiert, müsste sofort das Jugendamt verständigt und nach einer Alternative gesucht werden.

Was ist, wenn Jugendliche aus Einrichtungen der Jugendhilfe abhauen?

Wenn Jugendliche sagen »Nee, ich will nicht mehr, dass das Jugendamt mir hilft. Die machen immer so viel Stress, und die wollen so viel kontrollieren« – dann könnte man sich in der Jugendhilfe ja mal fragen, warum es keine niedrigschwelligen Angebote gibt, die vielleicht annehmbar sind.

Ein weiterer Faktor ist die Unwissenheit über Möglichkeiten und Hilfen, die vorhanden sind. Aber das ist normal. Der erste Gedanke eines unter 18jährigen, der von zu Hause abhaut, ist nicht unbedingt, sich ans Jugendamt zu wenden.

Wo sind Familien, bevor sie in die Notunterkunft kommen?

Das ist ähnlich wie bei Einzelpersonen. Sie kommen oft erst einmal bei Bekannten oder Verwandten unter. Dadurch ist die Wohnungslosigkeit oft gar nicht so sichtbar.

Wie lange sind Familien durchschnittlich in Notunterkünften?

Auf jeden Fall länger als vorgesehen. Der niedrige Standard in Notunterkünften wird immer damit begründet, sie sei ja nur für den Übergang gedacht. Dort sollte man im Idealfall ein paar Wochen sein oder mal ein, zwei Monate, aber nicht über mehrere Jahre. Die Realität ist aber leider so. Etwa 22,5 Prozent der Menschen sind laut Bundesstatistik länger als ein Jahr untergebracht, über 43 Prozent länger als zwei Jahre.

In welche Wohnverhältnisse kommen die Familien nach der Notunterkunft?

Dazu gibt es keine Zahlen. Aber es gibt Daten darüber, wie Bevölkerungsgruppen leben. Wenig überraschend: Arme Familien leben in der Regel in beengten Wohnverhältnissen oder in überbelegten Wohnungen.

Wie könnte Prävention von Wohnungslosigkeit aussehen?

Man könnte sich gesellschaftlich darauf einigen, dass zumindest keine Familien zwangsgeräumt werden. Eine Verbesserung wäre auch eine dezentrale Unterbringung in eigenem, dauerhaft gesichertem Wohnraum. Hat die Kommune für solche Fälle extra Wohnraum, den man nutzen kann? Um so größer eine Familie, um so schwerer ist es, angemessenen Wohnraum zu finden. Das muss in den Blick genommen werden, gerade unter den Aspekten: Was brauchen Kinder und Jugendliche, was braucht ein Mensch?

Aber die beste Prävention ist natürlich, dass Wohnungslosigkeit gar nicht erst entsteht. Da braucht es entsprechende Unterstützung und Hilfen. Grundvoraussetzung von allem aber ist bezahlbarer und verfügbarer Wohnraum. Denn ein Hilfesystem kann noch so gut aufgestellt sein, wenn es keinen Zugang zu Wohnraum hat, wird es keine Menschen aus der Wohnungslosigkeit bringen.

Welche Aussichten auf Verbesserung sehen Sie?

Ich sehe momentan keine Tendenz, dass sich etwas verbessert. Wenn man sich etwa anschaut, wie Gerichte in Deutschland in Mietstreitigkeiten entscheiden, muss man konstatieren, dass das Recht auf Eigentum höher bewertet wird als das Recht auf Wohnen.

Auch wenn Familien im Spiel sind?

Das kann ich nicht speziell für Familien sagen. In der Rechtsprechung ist jedenfalls nicht erkennbar, dass die Gerichte sagen: Aber Moment mal, es gibt ja auch das Recht auf Wohnen. Leute werden zwangsgeräumt, ohne die Vorgabe, dass Ersatzwohnraum vorhanden ist.

Für den sozialen Wohnungsbau sind inzwischen mehr Fördergelder vorhanden. Aber auch da muss man genau hinschauen, wo die landen. Und klar ist, das reicht nicht. Wir haben, wenn wir uns die Rückmeldungen unserer Mitglieder angucken, nicht das Gefühl, dass sich die Situation entspannt. Im Gegenteil, es wird schlechter.

In der Jugend- und Kinderhilfe sind Kürzungen geplant. Gibt es dahingehend auch Befürchtungen im Bereich der Wohnungslosenhilfe?

Tatsächlich gibt es bereits Einschnitte. Unsere Mitglieder melden uns, dass es zum Beispiel anstatt vier Beratungsstellen in einer Stadt nur noch zwei gibt. Und klar, wenn jetzt im großen Stil gespart werden soll, dann bleibt kein Bereich der sozialen Arbeit davon verschont. Das wird unsere Mitglieder genauso treffen wie die Jugendhilfe oder ähnliche Bereiche.

Martin Kositzka ist Fachreferent bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe für Sozialrecht, Partizipation und junge Menschen in Berlin.

Susanne Knütter ist Redakteurin bei der *jungen Welt*. Sie schreibt regelmäßig zu sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Themen.

<https://www.jungewelt.de/beilage/art/522435>